



Photo: Erol Gurian

Bericht zum Workshop

„Verantwortung und Flucht – Erziehungswissenschaft und städtische Öffentlichkeit im Dialog“

des Instituts für Erziehungswissenschaft an der Bergischen Universität Wuppertal am 21.Juni 2017

Verfasser_innen: Ricarda Biemüller, Julia Käfer, Astrid Messerschmidt, Jessica Romano, Theresa Peters
Fotos: Sandra Seeliger

1.) Ausgangspunkt und Anliegen des Workshops

Flucht- und Migrationsphänomene bewegen die Stadt und die Universität. Für Bildungsaktivitäten und kommunale Maßnahmen sind sie von zentraler Bedeutung. Die Erziehungswissenschaft an der BUW sieht sich hier in einer besonderen Verantwortung, die sie mit anderen Fachgebieten und mit Engagierten in der Stadt teilt. Nach Schätzungen des UNHCR sind weltweit über 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht. Nach Europa schaffen es nur geschätzte 14% dieser Fliehenden, über 86% sind im globalen Süden unterwegs und befinden sich überwiegend in Regionen, die selbst bereits unter materieller Not und unzureichender Infrastruktur leiden.¹ Die Auseinandersetzung mit der ungleichen Verteilung von Eigentum, Vermögen und infrastruktureller Versorgung sowie mit globalen Herrschaftskrisen und politischen Konfliktlagen, ist wesentlich für eine globale Bewusstseinsbildung. Deshalb reicht der Impuls, der von Flucht- und Migrationsbewegungen ausgeht, über Integrationsmaßnahmen und „Willkommenskulturen“ hinaus und erfordert Veränderungen der Institutionen und ihrer Zugangsbedingungen.

Die neueren fluchtbedingten Einwanderungen vollziehen sich in Deutschland in einer verspäteten Migrationsgesellschaft. Bis in die 2000er Jahre wurde die Tatsache der Einwanderung von offizieller politischer Seite nicht anerkannt. Demgegenüber haben viele Städte diese Tatsache längst in ihr Selbstbild einbezogen. Doch die rechtliche Situation ist darauf nicht eingestellt. Das Nadelöhr des politischen



Asyls ist zu eng und geht an den Ausgangsbedingungen und Bedürfnissen vieler Einreisewilliger aus den Nicht-EU-Ländern vorbei. Ein Anhörer beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beschreibt es so: „Unser Asylrecht ist ein hervorragendes Recht. Zugleich ist es ein schlechtes Recht, weil es häufig nicht auf die Situation passt, in der es angewendet wird. Der Antragsteller und ich sitzen uns gegenüber und sehen uns in die Augen. Wir ahnen, dass

¹ <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html> (12.05.2017)

wir gleich aneinander vorbeireden werden, weil es eigentlich nicht darum geht, dass der Antragsteller Asyl oder Schutz vor Verfolgung, sondern ein besseres Leben sucht... Wir reden aneinander vorbei, weil es kein differenziertes Zuwanderungsgesetz gibt“... für alle, die kommen, „um in einem Rechtsstaat zu leben“ (taz 14.06.2017, S. 7).

In Wuppertal wird der Anteil an Personen mit Migrationsgeschichte auf etwa ein Drittel geschätzt. Dabei zeichnet die Stadt Wuppertal aus, dass sie diese Tatsache in ihr Selbstbild einbaut und die Gesamtsituation der Stadt weder dramatisiert noch harmonisiert. Aktuell leben über 8.000 Flüchtlinge in Wuppertal, etwa die Hälfte davon kommt aus Syrien. Dazu kommen 300 geflüchtete Minderjährige ohne Angehörige in Deutschland.² In diesen Zahlen spiegeln sich Bewegungen des Ankommens, Bleibens und der Suche nach Perspektiven. Die Arbeit an der Universität und in der städtischen Öffentlichkeit und Verwaltung sind von diesen Entwicklungen in besonderem Maße tangiert. Es geht um die Frage der Verantwortung der staatlichen Institutionen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Strukturen sowie jeder einzelnen Person. Das existenzielle Bedürfnis nach angemessenen Lebens- und Arbeitsbedingungen, aber auch für die vielfache wechselseitige, praktische Angewiesenheit der Weltbevölkerung aufeinander gilt es anzuerkennen, um daraus Konsequenzen für eine humane Politik zu ziehen. Es geht dabei jedoch weniger um die Frage, *ob* wir uns überhaupt verantwortlich zeigen wollen oder nicht, sondern darum, *dass* wir dies bereits *sind*, weil die ungleichen Lebensbedingungen, von denen wir in Europa profitieren, wesentlicher Teil der Ursachen von Fluchtbewegungen sind. Dies verbindet Geflüchtete und etablierte Bewohner_innen der relativ privilegierten europäischen Zielorte.

Verantwortung wird von vielen Seiten beansprucht und benutzt, oft auch, um eine Verantwortung abzuwehren und sie auf andere zu verlagern. Es empfiehlt sich also, vorsichtig damit umzugehen. Angesichts einer weltpolitischen Situation, die über 65 Mio. Personen in die Flucht treibt, verstehen wir Verantwortung nicht als eine Option, für die wir uns entscheiden können, sondern als Konsequenz aus den globalen Verhältnissen, an denen wir beteiligt sind und von denen wir in ungleicher Weise betroffen und getroffen sind. Verantwortlich zu sein, das bedeutet, aufgrund struktureller Abhängigkeit und Mittäterschaft, an den bestehenden Weltverhältnissen beteiligt zu sein. Dabei ergibt sich die Mittäterschaft in den privilegierten Zonen der Welt aus dem, was die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen

² <http://www.wz.de/lokales/wuppertal/8300-fluechtlinge-leben-in-wuppertal-1.2238011> (WZ vom 25.07.2016)

eine „imperiale Lebensweise“³ nennen. Nicht zuletzt darum sehen sich viele an der Universität und in der städtischen Öffentlichkeit in der Verantwortung für den gesellschaftlichen Umgang mit Flucht und Migration und engagieren sich durch politische Einmischung, die Anregung von Debatten und die Themensetzung in Lehrveranstaltungen und Forschungsprojekten. Für die Lehrenden der Erziehungswissenschaft an der BUW besteht eine besondere strukturelle Verantwortlichkeit des eigenen Fachgebiets angesichts der weltweiten Fluchtbewegungen. In einem institutionellen Zusammenhang bedeutet Verantwortlichkeit, zuständig zu sein für die Folgen von *Flucht, Migration und Rassismus*. Dieser misstönende Dreiklang beschreibt Anlässe des Workshops, den das Institut für Erziehungswissenschaft am 21. Juni an der BUW veranstaltet hat. Das Problem, das sich mit der Situation von Flucht und Migration stellt, sind nicht Migrant_innen und Geflüchtete, sondern Migrationsfeindlichkeit und Abwehr gegen diejenigen, die aufgrund von Ausgrenzung, Vertreibung, Krieg und Ungleichheit ein besseres Leben suchen und überleben wollen. Aus diesem Grund bestand das zentrale Anliegen des Workshops darin, Wissenschaft und städtische Öffentlichkeit in einen Dialog darüber zu bringen, wie eine humane und solidarische Praxis verwirklicht werden kann.

Im ersten Teil des Workshops setzten sich Prof. Dr. María do Mar Castro Varela (Alice-Salomon Hochschule, Berlin) und Dr. Alisha Heinemann (Universität Bielefeld) vor dem Hintergrund ihrer Forschung und Erfahrungen in akademischer Lehre mit dem Zusammenhang von Flucht und Verantwortung auseinander. Im Zentrum des zweiten Teils des Workshops stand die Podiumsdiskussion mit verschiedenen Akteur*innen aus der universitären und städtischen Praxis. Im Rahmenprogramm stellten Studierende des Seminars „Volk und Nation als Bezugspunkte pädagogischen Denkens“ des kombinatorischen Bachelors Erziehungswissenschaft Forschungsergebnisse u.a. zu Fragen der Zusammenhänge von Heimat zwischen Ortlosigkeit und Zugehörigkeit, von Flucht, Nationalismus und Populismus sowie der kultur- und begriffsgeschichtlichen Bedeutung von Nation und Volk in Form von Forschungspostern vor (s. Anhang).

2.) Lehre und Forschung angesichts von Flucht, Migration und Rassismus

Mit den Anforderungen an Lehre und Forschung angesichts von Flucht, Migration und Rassismus setzten sich die zwei Gastvorträge im ersten Teil des Workshops auseinander.

³ Ulrich Brand/Markus Wissen (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: oekom Verlag.

María do Mar Castro Varela (Berlin) fragte ausgehend von einer postkolonialen Perspektive, in der sie die Gewaltdimensionen in der Durchsetzung von Erkenntnis, Wahrheit und Wissen reflektierte, nach dem Paradox des Verlernens. Welche Wissensformen und Erkenntnisbeiträge werden privilegiert, welche werden ausgeblendet? Sie regte dazu an, in Lehre und Forschung deutlicher und häufiger Autor_innen aus dem globalen Süden aufzugreifen und Wissen aus verschiedenen Teilen der Welt zu repräsentieren. In der aktuellen Einwanderungssituation forderte sie zudem, sich auf intellektuelle Geflüchtete zu beziehen und das Bild von den neuen Eingewanderten facettenreicher werden zu lassen. Die eigene Fachdisziplin gelte es zu befragen, wo sie zu einer asymmetrischen Ignoranz beitrage, die europäisches und weißes Wissen unmarkiert dominant macht und dabei das Wissen von Minderheiten und aus dem globalen Süden abwertet. Wie kann eine Dekolonisierung des Geistes angestoßen werden? Einen weiteren wichtigen Punkt des Vortrags bildete der Impuls, über die Gewaltförmigkeit der Sprache nachzudenken und sich zu fragen, wie sich diese im Diskurs um Flucht manifestiert. Wie wird das Fremde zum Fremden gemacht? Die Konstruktion von



Fremdheit stehe in Zusammenhang mit der in Gesellschaft und Wissenschaft vorherrschenden Strategie der Problematisierung von Störungen und dem Wunsch, diese unter Kontrolle zu bringen. Kritisch zeigte sich Castro Varela insofern gegenüber positiven Selbstbildern in den Bildungsinstitutionen, die Diversität, Internationalität und Gleichberechtigung propagieren, ohne Antidiskriminierungsmaßnahmen umzusetzen. Viele Bemühungen seien nicht zeitgemäß und somit ungeeignet, eine Veränderung zu bewirken. So beispielsweise non-performative Antidiskriminierungsansätze, deren Scheitern häufig damit zusammenhänge, dass sie

von Anfang an nur für eine bestimmte Gruppe entworfen wurden. Sie sieht postkoloniale Interventionen als einen Gegenentwurf zu diesen, weil sie eine kritische Perspektive auf verschiedene Formen epistemischer Gewalt (Was gilt als Wahrheit und relevantes Wissen?), othering (Edward Said), supplementierende Bildung (Gayatri Spivak) und die Geisteswissenschaften forcieren und Theorie und Praxis mit neuen Denkanstößen und Betrachtungsweisen herausfordern. Entscheidend sei die Transformation des Wissens, die Castro Varela bereits

zu Beginn ihres Vortrags angesprochen hat. Der Leitidee „Erinnern und Verlernen“ folgend, bestehe das Ziel darin, Evidenzen zu zerstören (Paul Gilroy). Verlernen sei jedoch nicht gleichzusetzen mit Vergessen, vielmehr bedeute es, die hegemoniale Wissensproduktion zu hinterfragen und den Dualismus von Tradition und Moderne zu überwinden. Letztlich gebe es keine „bildungsfernen Schichten“, sondern nur von Bildung fern gehaltene Menschen.

Mit der Macht der Wissenschaftssprache an der Hochschule setzte sich *Alisha Heinemann* auseinander. Sie reflektierte die ungleichen sprachlichen Ausgangsbedingungen angesichts von Mehrsprachigkeit und der Vielfalt sprachlicher Sozialisation von Studierenden. Ihre Ausführungen sind getragen von der These, dass universitärer Wissenserwerb von sozialer Herkunft und Sprachbeherrschung abhängig sei und infolge Studierbarkeit insbesondere durch



sprachliche Barrieren beeinträchtigt werde. Hier spielen neben dem Sprachniveau und Rassismus vor allem die hohen Anforderungen der Wissenschaftssprache eine Rolle, mit denen nicht zuletzt auch „Muttersprachler*innen“ zu hadern haben. Innerhalb der Universität wird die Beherrschung der deutschen Sprache in der Regel als Bedingung für die Teilnahme an einer Lehrveranstaltung angesehen. Linguizismus bezeichnet eine spezifische Form von Rassismus, in der sich Vorurteile, Geringschätzung oder eine nicht sachlich begründete Ablehnung gegenüber Sprachen und ihren Sprechern manifestiert, die sich häufig gegen Minderheitssprachen richten. Linguizistische

Ablehnungen seien aber auch bei Mehrheitssprachen, Dialekten, Soziolekten oder Ethnolekten zu finden. Ausgehend von dem analytischen Konzept des Linguizismus (İnci Dirim) als einer auf Sprachen bezogenen Form des Rassismus skizzierte Heinemann die Situation an den monolingual dominierten Universitäten in Deutschland und Österreich und forderte die Stärkung systematischer Vermittlung der für den Bildungserfolg erforderlichen Sprachen und Ausdrucksformen ein. Für Lehrende sei also, neben der Vermittlung der Fachkenntnisse, die Förderung der Sprachkompetenzen ein wichtiger Aufgabenbereich. Heinemann stellte Ansätze einer rassismuskritischen Mehrsprachigkeitsdidaktik vor, die vielschich-

tige Ungleichheitsbedingungen reflektiert und zum Ziel hat, allen den Zugang zur Bildungssprache zu ermöglichen. Diese Ansätze sind geeignet, im Geflecht von Alltagssprache, Bildungssprache und Wissenschaftssprache Diskriminierungen abzubauen. Heinemann schloss ihren Vortrag mit der Aufforderung, dies in der wissenschaftlichen Arbeit zu beachten und forderte weiter dazu auf, andere Sprachen als Bereicherung, anstatt als Belastung und Komplikation anzusehen.

Die Folien beider Vorträge können auf Anfrage bei Astrid Messerschmidt zugesendet werden. messerschmidt@uni-wuppertal.de

3.) Podiumsdiskussion mit Akteur*innen aus der universitären und städtischen Praxis: Verantwortung für den Umgang mit Migration und Flucht in der Stadt und an der Universität

Die Podiumsdiskussion am Nachmittag, die von Carsten Bünger moderiert wurde, drehte sich um folgende Fragen:

Wie übernehme ich selbst Verantwortung für Flucht und Migration in meiner Funktion?

Was wünsche ich mir diesbezüglich von Universität und Stadt?

Wie sehe ich meine Institution in Verhältnissen der Migrationsgesellschaft?





„Wir können nicht so bleiben, wie wir sind“. Diese Aussage von *Suzan Öcal*, Bildungsreferentin im Ressort Zuwanderung der Stadt Wuppertal machte darauf aufmerksam, dass es um mehr geht, als um eine Integration der Neuzugewanderten in die bestehenden Strukturen. Auch die Institutionen selbst müssen sich verändern, um angemessen auf ihre Zielgruppen eingehen zu können. Dazu gehört es, denen zuzuhören, für die Angebote gemacht werden sollen.

Ibrahim Al Shiach Ali und *Ahmad Ali Ahmadi*, zwei Studierende im Gasthörerprogramm InTouch an der BUW betonten, dass sie mehr alltäglichen Austausch erwarten, um sich in der Alltagskommunikation zu üben, was Sprachkurse allein nicht leisten können. Besonders heben sie das Programm „Welcome to Wuppertal“ hervor, das geflüchtete Menschen unterstütze, weisen aber auch darauf hin, dass diese Möglichkeiten nicht allen Flüchtlingen offenstehen. Sie üben auch Kritik an der deutschen Bürokratie sowie an der Tatsache, dass viele geflüchtete Menschen noch immer auf Anhörungen im BAMF, auf die Möglichkeit, einen Deutschsprachkurs besuchen zu können, oder auch schon seit Jahren auf den Nachzug ihrer Familien warten müssen, die noch immer in verschiedenen Ländern in Flüchtlingscamps ausharren.



Dies führt zu einer erheblichen Belastung der geflüchteten Menschen, sodass es nach einer eventuellen Anerkennung und einer eigenen Wohnung noch lange nicht zum gewünschten Angekommen-Sein, führt, erklärte *Helge Lindh*, der in seiner Funktion als Vorsitzender des Integrationsrats Wuppertal, in engem Kontakt mit Geflüchteten steht. Helge Lindh beschrieb die rechtliche Situation vieler, die nur subsidiären Schutz genießen und von ihren Familien getrennt leben müssen. Die Sorge um die Angehörigen belastet den Alltag am neuen Ort und

erschwert das Ankommen. Zugleich machte er deutlich, dass es in Wuppertal gelungen sei, die meisten Geflüchteten in Wohnungen unterzubringen und damit ein Mindestmaß an Privatsphäre zu gewährleisten. Er problematisierte aber auch das „Helfer-Flüchtling-Prinzip“ und die darin enthaltene Gefahr eines bevormundenden Paternalismus. Es müsse mehr Platz für Artikulationen von Bedürfnissen, Vorstellungen und Bedarf für Geflüchtete geschaffen werden. Hier sei vor allem der Gesamtblick zentral: „Was ist zusammen möglich? Wir lernen gemeinsam, wir haben eine gemeinsame Aufgabe.“

Mohamed Abodahab, vom Verein Islam und Frieden sowie Vorstandsmitglied der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz, hob hervor, dass ein großer Teil der Wuppertaler Muslime sich ehrenamtlich für Geflüchtete engagiere. Für viele geflüchtete Personen sei die Moschee zunächst die wichtigste Anlaufstelle, sodass die hohe Zahl im Jahr 2015 bei vielen mitunter zu Überforderung führte und infolge auch Fehler passiert seien. Generell kritisiert er, dass dieses Engagement bisher in der Öffentlichkeit kaum gewürdigt werde, weil die Sichtweisen auf Muslime von den Themen Islamismus und Terror dominiert seien. Abodahab lobte das ehrenamtliche Engagement, stellte jedoch klar heraus, dass dieses seine Grenzen habe und schlägt deshalb ganz konkret die Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbandes vor, ähnlich der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Mit einem solchen Schritt gehe auch eine Anerkennung der muslimischen Minderheit als Deutsche einher – ein Prozess, der für die positive Entwicklung des Landes als Migrationsgesellschaft wesentlich ist.

Thomas Roeber, Vertreter der Fachschaft Erziehungswissenschaft an der BUW, adressierte in seinen Ausführungen in erster Linie die Studierendenschaft und forderte diese auf, wieder aktiver und politischer zu werden. Ein für ihn zentrales Anliegen besteht darin, dass jeder die Möglichkeit haben müsse, das C1-Sprachniveau zu erreichen.



Gabriele Molzberger, Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Berufs- und Weiterbildung an der BUW betonte noch einmal die Notwendigkeit, dass sich Lehrinhalte verändern müssen. Die Universität als Weiterbildungsträgerin solle als offene (geöffnete) Universität dienen und Bildung nicht alleine dem sozialen Aufstieg gelten. Vielmehr

solle die Universität ein Ort werden, an dem Wissen zusammenkommt und neue Bildungsformate entwickelt werden.



Auch *Astrid Messerschmidt*, ebenfalls Professorin für Erziehungswissenschaft an der BUW mit dem Schwerpunkt Geschlecht und Diversität, äußerte die Notwendigkeit des institutionellen Wandels. Trotz zahlreicher historischer Belege der seit 300 Jahren bestehenden Einwanderung im Wuppertaler Stadtgebiet sei die migrationsgesellschaftliche Wirklichkeit noch nicht hinreichend in das institutionelle Selbstbild und insbesondere in die universitäre Lehr- und Forschungspraxis einbezogen worden. Den Grund sieht sie primär darin, dass man sich zu lange dagegen gewehrt habe, weil man hoffte, dass alles nur ein „Albtraum“ sei, aus dem man bald wieder aufwache. Messerschmidt fordert auf, wieder stärker die politische Diskussion zu suchen, sowie Flüchtlinge nicht nach ihrer Hilfsbedürftigkeit einzustufen, sondern ihre Interessen und Bedürfnisse zu erfragen und die Praxis in den unterschiedlichen institutionellen und gesellschaftlichen Kontexten daran auszurichten.

4.) Fazit und Ausblick

Zum Tag des Flüchtlings am 20.06.2017 fragte *Pro Asyl*, „ob die Mehrheit in Deutschland tatsächlich so abwehrend eingestellt ist. Noch nie sind so viele Menschen für den Schutz von Flüchtlingen eingetreten. Doch ihre Erwartungen an eine Politik, die auf Humanität, rationalen Argumenten und Menschenrechten basiert, werden ignoriert.“ (Pro Asyl Info, Juni 2017) Die Stimmen derer, die solche Erwartungen an die Politik teilen, sollte unser Workshop stärken, auch weil wir überzeugt sind, dass diese Stimmen an der Universität und in der Stadt vielfach vorhanden sind, aber nicht immer gehört werden, vielleicht auch, weil sie etwas leiser sind als die Stimmen derer, die mit Grenzschießungen einen antiglobalen Nationalismus propagieren. Möglicherweise kann die aktuelle Situation nach der fluchtbedingten Einwanderung als ein Katalysator für die deutsche Migrationsgesellschaft wirken, nachdem Deutschland sich solange einer Anerkennung der tatsächlichen Einwanderung verweigert hat und genau deshalb jetzt so vieles nachzuholen ist. Zu dieser nachholenden Entwicklung und Bewusstseinsbildung können sowohl die Universität wie die städtischen Institutionen beitragen. Dazu wäre auch das einseitige mediale Bild einer migrationsfeindlichen Öffentlichkeit in Frage zu stellen. Zu großen Teilen der Stadt Wuppertal passt dieses Bild jedenfalls nicht. Auch die Fixierung auf Integrationsmaßnahmen folgt noch viel zu sehr einem paternalistischen Prinzip. Zukunftsweisend sind demgegenüber Konzepte der Migrationspolitik, die den Bürgerstatus zusichern und für die entsprechenden Ressourcen sorgen, damit Geflüchtete ihr Leben selbst organisieren können. Auf dem Symposium der NGO *medico international* mit dem Thema „Zuflucht, Vielfalt, Solidarität“ vom 8./9. Juni 2017 wurde dazu aufgerufen, Schluss zu machen mit dem „Stress der Integration“ und statt Leitkultur zu verordnen, für die Bürgerrechte aller Angekommenen einzutreten.⁴ Eine solche Perspektive kann dazu beitragen, den abwertenden und missachtenden Sichtweisen auf Geflüchtete die aktive Anerkennung ihrer Gleichwertigkeit entgegenzusetzen.

Die Beteiligten auf dem Podium waren sich einig, dass die Art und Weise, wie über Flucht und Migration gesprochen wird, wesentlichen Einfluss auf die politische Praxis hat. Hier sehen die Lehrenden der Erziehungswissenschaft einen Teil ihrer Verantwortung, mitzuwirken gegen die populär gewordenen Angstbehauptungen und zu einer differenzierten Sicht auf Migrationsmotive beizutragen. Wissensvermittlung muss mit Reflexivität einhergehen, um

⁴ *medico* rundschriften 02/17, S. 37.

gesellschaftliche Selbstbilder zu hinterfragen und nicht in den Mustern von „Wir und Die“ stecken zu bleiben. Bildungspolitik, Erziehungswissenschaft und Soziale Arbeit haben für eine migrationsgesellschaftliche Bewusstseinsbildung einzutreten, damit die historischen, ökonomischen, rechtlichen, politischen und sozialen Hintergründe, Zusammenhänge und Folgen von globaler Ungleichheit und Gewalt zum Gegenstand von Erziehung und Bildung werden. Die Reaktionen auf fluchtbedingte Einwanderung müssen über bloße Hilfsmaßnahmen hinausgehen und die unhintergehbaren Rechte aller Menschen betonen und stärken. Zwischen Stadt und Universität gab es auf dem Podium viele Resonanzen und Anknüpfungspunkte. Das gegenseitige Interesse war spürbar und bot einen Ausgangspunkt für weiteren Austausch und Kooperation. Weiterhin wurde insbesondere an der großen studentischen Beteiligung beim Workshop deutlich, dass die Studierenden der Erziehungswissenschaft sich selbst in einer Beziehung zu Fluchtursachen und den Auswirkungen globaler Migrationsphänomene sehen. Viele nutzten die Gelegenheit, um sich zu informieren, neue Denkanstöße zu bekommen und mitzudiskutieren. Einige bringen zudem eigene Erfahrungen aus der Arbeit mit Geflüchteten mit und engagieren sich für deren Anliegen, die verbunden sind mit den eigenen Anliegen und Erwartungen an eine Gesellschaft und eine Universität, die ihre Verantwortung realisiert.

Heimat ist nicht nur ein Ort

Kann sie verloren gehen (und wiedergefunden werden)?

1.Phase
 um 1800 Entstehung des modernen Heimatbegriffs als politisch-soziale Bewegung
 „Wanderungswelle in die USA - Eroberung der Welt“
 und deutsche Modernisierungsprozesse
 > Romantik als Gegenbewegung: wird idealisiert

2.Phase
 um 1900 Heimatbewegung neuerliche „Verzauberung der Welt“
 Heimatschutzbewegung, Heimatschutzarchitekten, Naturschutz
 > Phänomene als Reaktion auf Eingriffe in die Lebenswelt:
 Bsp. wirtschaftlichen Umbruch, Industrialisierung und gesamtgesellschaftliche Modernisierung

3.Phase
 1933-1945 Nationalsozialismus
 „Höhepunkt einer radikalisierten Heimatbewegung“
 • (in D.) Heimat wird rassistisch/biologisch begründet
 (Blut, Boden, Rasse) Heimat=Staat
 • (im Exil) neues Heimatverständnis

4.Phase
 nach II Weltkrieg Teilung West-Ost
 • „Heimat als Nationenersatz“
 • „für viele DDR-Bürger gerade paradoxe Gefühl einer spezifischen Heimatlosigkeit in der eigenen Heimat“
 • ambivalenter Begriff (Hinblick auf NS-Zeit)

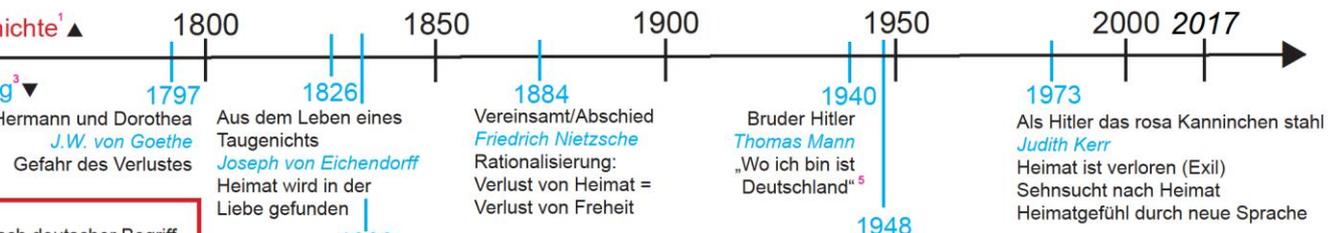
1877 Die Gebrüder Grimm
 Definition Heimat (patria domicilium)
 a) Land oder Region
 b) Geburtsort/ständiger Wohnsitz
 c) Haus und Hof
 > Muttersprache ist zentraler Aspekt von Heimat²

1950er BRD: neue Heimatbewegung durch Heimatvertriebenenproblematik

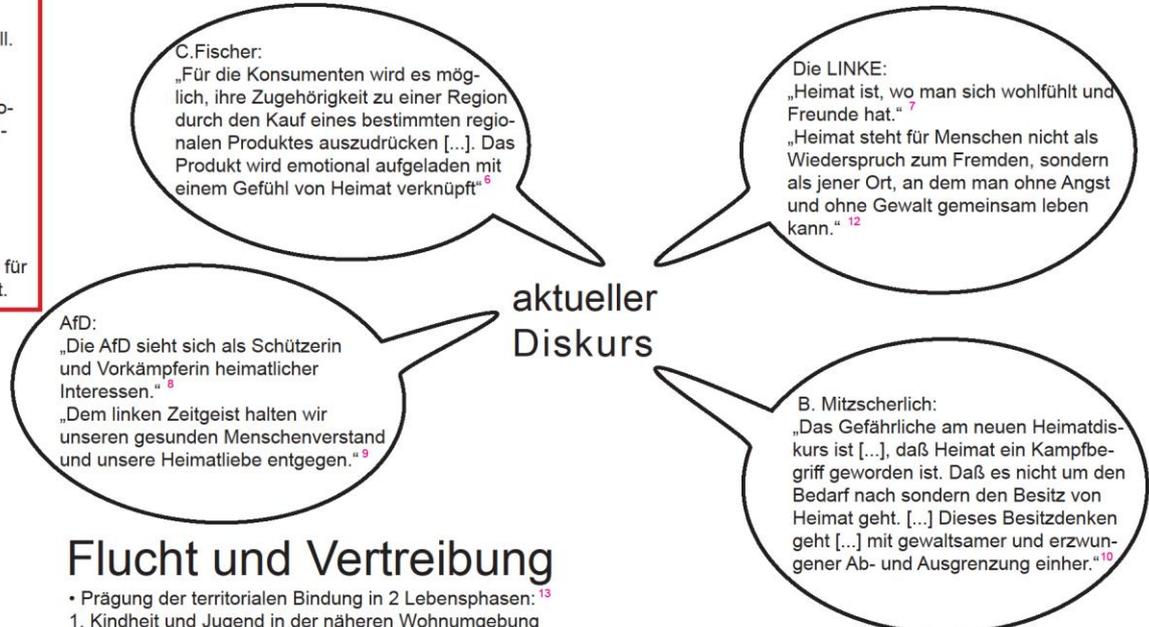
1960/70er demokratischer Heimatbegriff (positive Assoziation)

1990er „Ambivalenzen des Heimatverständnisses durch die Globalisierung und ihre Vereinheitlichungstendenzen“

Der Heimatbegriff umspannt die neuere deutsche Geschichte mit all ihren Höhen und Abgründen-



sch deutscher Begriff kein konkret definieren. Vielmehr, wird es heute neu mit Emotion und dadurch mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt.
 emotional, politisch, sozial, kulturell.
 es Phänomen in Reaktion auf Modernisierungs- und Transformationsprozesse.
 „Heimatsbegriff“ heute gegeben, Migration als Auslöser für Reflexion über Heimat.

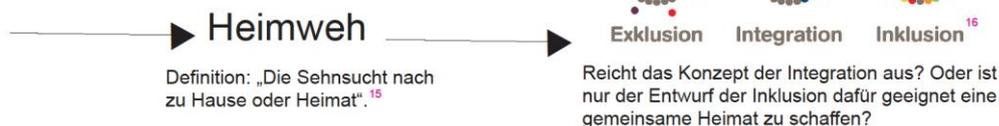


Flucht und Vertreibung

- Prägung der territorialen Bindung in 2 Lebensphasen:¹³
 1. Kindheit und Jugend in der näheren Wohnumgebung
 2. Bindung nach Umzug/Flucht/Migration
- > „Beheimatungsprozess“-räumlicher Identifikationsprozess
- „Romantisierende Rückbesinnung auf die Vergangenheit“ vor der Flucht
- > neue Heimat: Transformation zu einer neuen Daseinsform¹⁴

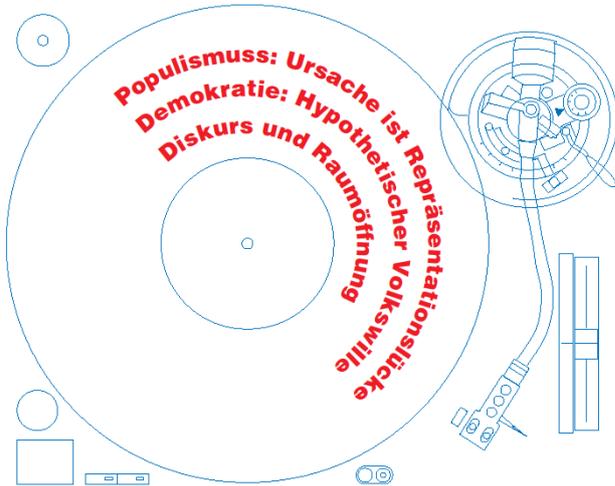
Identität und Zugehörigkeit

... wäre es zu erörtern, wie noch Menschen in Verhältnissen leben können, in denen sie zu starken Individuen werden, die sich ihrer selbst bewusst sind, die gegenüber Neuem sind- und diffusen Gefühle benötigen, um sich eine Identität zu konstruieren.

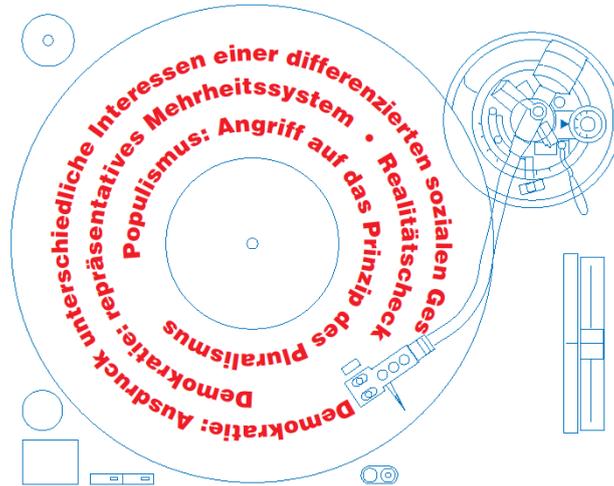


1. Klaus (Hg.) (2016): Heimat - ein Problemaufriss. In: *Heimat gestern und heute: Interdisziplinäre Perspektiven*. 1. Auflage. Bielefeld: transcript Verlag, S. 9-21. 2. vgl. Frühwald, Wolfgang (2012): Heimat ist nicht nur ein Ort... Profilierung eines eminenten Begriffs und 9. Heft 3. Jahrgang 2012. München: Oldenbourg Schulbuchverlag, S. 8-12. 3. vgl. Frühwald, Wolfgang (2011): Heimat ist mehr als ein Ort, Heimat und Fremde in Literatur, Geistesgeschichte und Gegenwart. In: *Forschung und Lehre-Alles was die Wissenschaftler bewegt*. 4. vgl. Nolte, Dorothee (2002): Die Heimatlose, die Heimat verkörpert. In: *Der Tagesspiegel online*. URL: <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/die-heimatlose-die-heimat-verkoerpert/281022.html> 5. Vaget, Hans Rudolf (2011): *Thomas Mann, der Amerikanische Exil, 1939-1952*. S. Fischer, Frankfurt am Main. 6. Fischer, Christina; Weber, Florian (2015): „Ein Bier wie seine Heimat - ursprünglich, ehrlich und charaktervoll“: eine Untersuchung der Vermarktung fränkischer Biere aus diskurstheoretischer Perspektive. In: *Heimat. Du, mein Rheinland-Platz*. URL: <http://www.afd-suew.de/wp-content/uploads/2017/01/Heimatfyer-AfD-RLP.pdf> [15.06.2017]. 9. AfD kritisch kommentiert (2016): *Präambel - AfD Wahlprogramm*. URL: <https://afdkritischkommentiert.wordpress.com/praeambel-afd-wahlprogramm/> (1993): Sehnsucht nach Heimat. Selbstverortung und Identität. In: Hohl, Joachim/ Reisbeck, Günter [Hrsg.]: *Individuum Lebenswelt Gesellschaft. Texte zu Sozialpsychologie und Soziologie*. München: Profil Verlag GmbH, S. 261-269. 11 taz.de: Heimatsbegriff und die Linke. Heimat, Volk und Elite. URL: <http://www.taz.de/5396451/07.06.2017>. 12 taz.de (2015): Die Deutschen und der „Heimat“-Begriff. Das Fremde als Bedrohung. URL: <http://www.taz.de/5246134/07.06.2017>. 13 vgl. Schmitz, Anette (2013):

Warum wir Populismus nicht sampeln werden



Werner Patzelt
Politikwissenschaftler



Samuel Salzborn
Sozialwissenschaftler, Politologe und Journalist

Populismus hat in der politischen Gegenwart zugenommen. Sehr unterschiedliche Positionen im Umgang mit Populisten werden in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vertreten. Die Extreme reichen von konsequenter Ausgrenzung der Populisten, über Entlarvung bis zu der Forderung, populistische Forderungen aufzugreifen und sie den Stimmungsmachern zu entziehen.

Populismus erscheint als:

- Politisches Schlagwort/Form der politischen Rhetorik
- Strategie zur Machtgewinnung, die sich mit unterschiedlichen Zielen verbinden kann
- Erscheint als Argumentationsstrukturen, die Themen aufgreifen welche in der Bevölkerung starke Emotionen hervorrufen.

Zwei Positionen im wissenschaftlichen Diskurs werden hier vorgestellt:

Werner Patzelt

Populismus entsteht, wenn sich die Ansicht verbreitet, daß Interessen, Meinungen, Auffassungen der Bürger von etablierten Kreisen nicht ernst bzw. nicht mehr ernst oder noch nicht ernst genommen werden. In Folge dessen entsteht Raum für neue Parteien, d.h.: Populismus entsteht aus Repräsentationslücken.

Er beruft sich auf Ernst Fraenkel in dem er davon ausgeht, daß die Repräsentanten einer Demokratie die Aufgabe und Pflicht haben „den empirischen vorfindbaren Volkswillen zu einem hypothetischen Volkswillen weiterzuentwickeln“. Dabei geht es um einen Diskurs – also mit dem Bürger im Gespräch zu bleiben, vom Erläutern bis zur Richtigstellung vorgetragener Positionen. Es geht hier um das Vorführen von Demokratie, statt oberflächiger Behauptungen und Versprechen – um Vertrauen zu erhalten. Gemeint ist eine „Raumöffnung“, woraus folgt, daß man auch mit Populisten reden muss. Eine Diskursverweigerung könnte zu dem Eindruck oder zu dem Tatbestand führen „Feigheit vor dem Feind“.

Die beste Prävention für diese Entwicklung besteht darin Repräsentationslücken erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Samuel Salzborn

vertritt hingegen die Auffassung, daß es zu unserem heutigem Politik-Demokratieverständnis gehört, daß sich nur jene durchsetzen dürfen, die auf repräsentativen Weg Mehrheiten erlangen. Es geht also nicht um jene Vertreter, die mit oberflächigen Parolen am lautesten Schreien und Stimmungsmache betreiben.

Folglich brauchen Wut, Protest und „Volkswille“ einen Realitätscheck. Dies ist erforderlich in Verbindung mit der Aufdeckung von Wurzeln partikularistischer Interessen agierender rechter Kräfte, die sich auf eine ethnische aber nicht vorhandener Homogenität der Gesellschaft und einem kategorialen bzw. militaristischen Freund-Feind-Denken stützen.

Salzborn sieht die Schlüsselfrage zu diesem Thema darin, ob Populismus auf formale oder inhaltliche Demokratiedefizite hinweist. In einem Diskurs erscheint es immer wieder notwendig, die Inhalte unserer pluralistischen Demokratie in Bezug auf Werte-, Verfahrens- und Ordnungskonsenses in Verbindung mit aktuellen politischen Fragen darzustellen. Dies schließt ein Ablehnung völkischen Denkens ein. In sofern entfällt die Berechtigung rechter Populisten formal wie auch inhaltlich Demokratie-Defizite zu benennen. Daraus stellt sich zB. auch die Frage, des Umgangs mit populistischen Positionen in Fernseh-Talkshows.

Fazit

Wir denken, wenn wir den Populismus und Verallgemeinerung bedienen, dann verabschieden wir uns von dem Pluralismus. Deshalb benötigen wir eine kritische Distanz, eine inhaltliche Auseinandersetzung und einen scharfen Blick, wann Populisten einen öffentlichen Raum erhalten.

Quellenangabe

1. Bpb Magazin #10/2016
2. <https://www.bpb.de/apuz/75845/populismus>
3. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 40–42/2016) Repräsentation in der Krise?

Nationalismus: Historische Gegebenheit oder modernes Konstrukt?

Leon Dittmann
Bergische Universität Wuppertal
FB B, Erziehungswissenschaften

Einleitung

„Is your nationality?“ - „I'm a drunkard.“ Hinter diesem Zitat aus dem Film *Blanca*, in dem Rick Blaines die Frage des deutschen Nazis Major über nach seiner Nationalität mit den Worten „Ich bin Trinker“ beantwortet, steht mehr als nur eine zynische Antwort auf den Wahn nationaler Identitäten. Der Satz „Ich bin Trinker“ ist viel aussagekräftiger als die Antwort auf die eigentlich gestellte Frage nach der Nationalität, denn sie verweist auf die tatsächlichen Lebensumstände, auf die die Frage nach der Herkunft eigentlich abzielt (vgl. Mense 2016: 7). Menschen versuchen, durch die nationale Identifizierung ihres Gegenübers einen großen Teil ihrer Identität zu bestimmen. Parolen wie „Wir sind Deutschland“ und „Wir sind Papst“ sind Parolen aus dem letzten Weltkrieg, die beim deutschen Leser Stolz auf seine Nation wecken sollen. In der Zeit der Terroranschläge und Flugzeugunglücken wird man zuerst über die Opfer aus der eigenen Nation unterrichtet, so als hätte man nahe Angehörige verloren. In der folgenden Zeit wird die Entstehung und Entwicklung des Konstrukts Nation untersucht und vom Begriff der Gemeinschaft abgegrenzt.

Nation - ein Definitionsversuch

Was es sich beim Begriff Nation handelt, der sich fest im Alltag manifestiert und eine große politische und soziale Bedeutung in der Gesellschaft hat, ist schwer ohne weiteres zu definieren. Der Versuch einer Definition basiert laut Anderson vor allem auf zwei elementaren Eigenschaften. Zentral ist die gesellschaftlich geteilte Vorstellung von Zugehörigkeit zu einer Nation, die auf eine gemeinsame Existenzgrundlage darstellt. Nationen sind imaginäre Gemeinschaften, die „im Kopf eines jeden“ (Anderson 1988: 15) existieren. Entsprechend sind auch die Vorstellungen darüber, was die Nation ausmacht, unter ihren Anhängern teilweise grundverschieden. Hinzu kommt, dass Nationen gesellschaftliche Phänomene sind, „die sich in den letzten zwei Jahrhunderten unter höchst unterschiedlichen historischen und regionalen Umständen konstituiert und transformiert haben“ (Mense 2016: 42). Objektiv betrachtet ist eine Nation also ein gesellschaftliches Konstrukt, das wenig bis gar nichts mit der Natur zu tun hat. Darüber hinaus sagt, wie die Nation in der subjektiven Betrachtung ihrer Mitglieder betrachtet sein soll beziehungsweise zu sein scheint.

Fazit

Die Folge von Nationalismus, der eine Differenzierung gegenüber anderen Nationen beinhaltet, ist die Ausgrenzung von Individuen, die nicht als Teil der Nation gelten. Nationalismus baut darauf auf, Mitglieder einer Nation durch die Identifizierung eines Anderen zu vereinen. Während diese Eigenschaft zur Entstehungszeit des Nationalismus zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert eine wichtige Grundlage für den gemeinsamen Widerstand gegenüber Fremdmächten darstellte, ist diese Funktion heute nicht mehr präsent. Weil und insoweit ‚von unten‘ ein Bedürfnis nach ‚nationaler Identifizierung‘ besteht, kann ‚von oben‘ der Appell an das ‚Nationalgefühl‘ erfolgreich zur Behauptung und zur Sicherung von Herrschaft eingesetzt werden“ (vgl. Haury 2002: 53). Da der Nation eines Menschen in der modernen Gesellschaft eine hohe Aussagekraft über die Persönlichkeit des Individuums nachgesagt wird, wendet es sich bei einer kritischen Betrachtung der Nationalität gegen einen großen Teil dessen, was es als Person ausmacht, und damit gegen sich selbst. Diese subjektive Wahrnehmung von Nationalität als wichtigen Bestandteil der eigenen Persönlichkeit erklärt auch, warum sich Menschen für ihre Nation aufopfern, für sie töten und sogar sterben und zeigt die Gefahren des Konstrukts Nation.

3. Nation als modernes Phänomen

Es ist wichtig, festzuhalten, dass die Idee von der Entstehung einer Nation nicht in historischen Schlachten vor tausend bis zweitausend Jahren stattgefunden hat, sondern eng in Verbindung mit der französischen und amerikanischen Revolution im 18. und 19. Jahrhundert steht. Sie ist also erst gut zweihundert Jahre alt, wobei die Mehrheit der aktuell existierenden Nationalstaaten erst nach Ende des zweiten Weltkrieges eingerichtet wurde (vgl. ebd.: 43). Auch wenn der Begriff Nation schon unter Gelehrten im Mittelalter genutzt wurde, hatte dies keine politische Bedeutung und stand in keinerlei Zusammenhang mit einem nationalem Zugehörigkeitsgefühl. Dieses entstand erst durch bürgerliche Revolutionen, in denen sich das Volk als kollektiver Akteur verstand und seine Rechte von den Herrschenden einforderte (vgl. Claussen 2002: 28). Damals war der Begriff „Nation“ eher mit dem Wort „Gemeinschaft“ gleichzusetzen, welche Anderson am Beispiel ihrer Offenheit und der Möglichkeit von sozialen Beziehungen klar voneinander trennt.

4. Nation als Gemeinschaft?

	Gemeinschaft	Nation
Beziehungen	benötigt reale, soziale Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern	kaum möglich, da es sich um eine zu große Gruppe handelt
Offenheit	keine festgelegte Begrenzung gegenüber äußeren Einflüssen	beinhaltet eine Differenzierung zu anderen Nationen

Abb. 1: Unterschiede Gemeinschaft und Nation (vgl. Anderson 1988: 15)

Es wird deutlich, dass der Begriff Nation entgegen der weit verbreiteten Annahme keine natürliche und historisch gewachsene Gemeinschaft beschreibt, die sich durch kollektive, überindividuelle Merkmale wie Abstammung, Herkunft, Sprache und Mentalität von anderen unterscheidet, sondern eine gesellschaftliche Konstruktion einer spezifischen Epoche darstellt.

6. Literatur

- Anderson, Benedict (1988): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt/New York.
- Claussen, Detlev (2002): Tradition der Traditionslosigkeit. In: Moshe Zuckermann (Hrsg.): *Ethnizität, Moderne und Enttraditionalisierung*. Göttingen. S. 25-36.
- Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg.
- Mense, Thorsten (2016): Kritik des Nationalismus. Stuttgart.



BERGISCHE
UNIVERSITÄT
WUPPERTAL

Kollektive Identität

Nationale und europäische Identität im Wettstreit?!

Wann ich kein Deutscher bin, was dann?
Wer wir sind
Vorbild der Moderne
Anleitung für eine richtige Leitkultur

Zur heutigen Zeit wird oft die Frage gestellt, ob es ein Europa geben kann. Auch wenn bei der Anfang bloß der wirtschaftliche im Vordergrund stand, so wurde falls schnell klar, dass das Bündnis er Länder noch zu viel Größerem m Stande ist: zu einer länder-übergreifenden kollektiven Identität.

Durch einige Krisen wie z.B. den Brexit und die Flüchtlingsdebatte wird der harmonische Zusammenhalt vor allem auch eine solidarische und effektive Zusammenarbeit zwischen den Ländern gefährdet. Innerhalb dieser Problemlagen wird deutlich, dass die einzelnen Länder zunehmend ihre nationalen Interessen vertreten.

Im Folgenden wird diskutiert, ob sich eine europäische Identität bilden kann oder sogar bilden muss, um sich den aktuellen Problemlagen entgegen zu stellen. In Bezug auf jene Problematik gibt es große Meinungsunterschiede. Jene betreffen insbesondere:

- die Politik (A),
- die Wissenschaft (B)
- Institutionen (C)

Kollektive Identität: Ein gemeinsam geteiltes Bewusstsein, dass alle Gesellschaften brauchen (gemeinsame Werte, Überzeugungen, Einstellungen)
Europäische Identität: veranlasst Individuen sich mit Europa als abgrenzbaren Raum verbunden zu fühlen, sorgt für Solidarität & Loyalität. Sie steht vor auseinanderstrebenden Interessen und bindet Vielfaltigkeit zur Einheit.

Europäische Identität löscht regionale noch nationale Identitäten **es existiert neben diesen** Europa hat eine **identitätsstiftende Quelle.** (Gauk)
Es gibt keine europäische Identität.(...) Es ist eine Illusion, die nationale Identität durch europäische abgelöst werden könnte." (Limbach)

(B)
"Europäische Identität ist (...) unmöglich." Europa als **Wirtschaftsgemeinschaft:** "Wirtschaftsgemeinschaft kann nie eine politische Gemeinschaft werden." (Flaig)
Kerneuropa: "Solidarität zwischen Mitgliedsstaaten ist notwendig, um aus gemeinsamen Markt eine Gemeinschaft zu schaffen. Nationale Identität, **um europäische Dimension erweitern.** (Habermas)

(C)
"Zur europäischen Identität gehören Orte, an denen ihre vierschichtige historische Entwicklung gezeigt wird. Es gibt **deutsche Kulturstädte mit europäischer Dimension.**" (europäische Kommission)
"Nur durch die einzelnen Städte und Länder kann ein europäisches Bewusstsein ausgeprägt werden. (deutscher Städtetag)

Europäische Identität kann möglich sein. Die Voraussetzung dafür ist europäisches Zugehörigkeitsgefühl. Dazu müssen richtige Lehren aus geteilter Geschichte gezogen und ein gemeinsamer positiver Erwartungshorizont gebildet werden. In diesem Zugehörigkeitsgefühl sollten so viele Menschen wie möglich miteinbezogen werden, um eine größtmögliche Einheit zu schaffen und nicht um bestimmte Bevölkerungsgruppen systematisch auszugrenzen. Dies war außerdem ein Fehler der in der Vergangenheit begangen wurde und zu Kriegen, Leid und Not führte. Es gilt also aus den Fehlern der vergangenen Zeit zu lernen und die Erkenntnisse sinnvoll zu nutzen. So kann eine Zukunft für ein vereintes Europa geschaffen werden, das gemeinsam an Zielen arbeitet.

Wie kann die europäische Identität neben der nationalen bestehen oder ersetzt sie diese? Wann kann eine europäische Identität aussehen und wie kann sie geschaffen werden?

Quelle: Birkbeck, Das Europäische Bewusstsein in der Öffentlichkeit, Studie der Politik, Governance, Policy, Wirtschaft und der Ökonomie, HMI als Einleitung und Hauptteil, (HMI), Universität Gießen, Januar 2013.
Gauk, Identität, Kollektive Identität, Die Identität und die Nation, 2. Februar, 2009, S.22.
Limbach, Jürgen, Was ist Identität? Eine europäische Identität? und die Identität in der globalen Welt, 2004.

Braucht Deutschland eine Leitkultur?

Die zehn Thesen de Maizières in der Kritik

Anlass & Adressat:

De Maizières veröffentlichte am 29.04.2017 seine zehn Thesen zum Thema Leitkultur in Deutschland. Mit seinen Thesen will er zur Diskussion anregen und Fragen wie „Wer sind wir? Und wer wollen wir sein? Als Nation und Gesellschaft.“ klären. Ein weiterer Grund für die Aufstellung der Thesen könnte die Kritik an der CDU sein, dass sie ihre konservativen Werte verliert. In Verbindung dazu könnte er auch den Flüchtlingsstrom ansprechen wollen. Er behauptet: „Wir können von niemandem verlangen, unsere Lebensweisen zu respektieren, wenn wir sie nicht formulieren.“ In diesem Zusammenhang könnte er sich an konservativ orientierte Leute wenden. Kritikpunkte von Seiten der Opposition sind auch, dass er Stimmen im rechten Bereich gewinnen möchte. Auf der anderen Seite könnte er aber auch die Flüchtlinge aufordern wollen, sich anzupassen.

Definition:

Der Begriff Leitkultur setzt sich aus den Begriffen „Kultur“, welcher für die ungeschriebenen Regeln einer Gesellschaft steht, und dem Begriff „Leiten“, welcher für eine Richtschnur steht, zusammen. Leitkultur bedeutet also, die Richtschnur des Zusammenlebens.

2000. Der deutsch-englische Politikwissenschaftler Bassam Tibi gilt als Schöpfer des Begriffs „Leitkultur“. Er verwendete ihn 1998, um einen gesellschaftlichen Wertekonsens zu beschreiben: die europäische Leitkultur, welche auf den westlichen Wertvorstellungen der kulturellen Moderne beruht: Demokratie, Laizismus (Trennung von Kirche und Staat), Aufklärung, Menschenrechte und Zivilgesellschaft.



Neue Leitkultur nach Serap Güler (Mitglied des Landtags NRW, Integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion):

Serap Güler (selbst türkischer Herkunft) sieht das Grundgesetz als Basis einer neuen Leitkultur. Allerdings sieht sie dies aber nicht aus. Deswegen fordert sie eine neue Definition, „wie wir als Gemeinschaft friedlich zusammenleben“ können. Wichtig dabei sei, dass die Einwanderer ihre eigene Kultur, Religion und Herkunftsidentität nicht aufgeben, aber trotzdem offen für etwas Neues seien und sich selber einbringen. Damit möchte sie Diskriminierung verhindern. Die Leitkultur solle nicht von der Politik festgelegt werden, sondern es müsse gemeinsam bestimmt werden, wie man sich das Zusammenleben in Deutschland vorstellen.

Literatur:

- Spiegel Online: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/sozial/leitkultur-und-wer-sie-formulieren-wird-sehe-thesen-gegen-ler-a-1146798.htm> (13.07.2017)
- <http://www.welt.de/wirtschaft/article14761647-1019161197134713182017>
- <http://www.welt.de/wirtschaft/article14761647-1019161197134713182017>
- <http://www.welt.de/wirtschaft/article14761647-1019161197134713182017>
- Bassam Tibi: (1992) Europa ohne Identität - Die Kultur der multikulturellen Gesellschaft

Jugend führt Jugend

Erziehung in der Hitler Jugend und im Bund Deutscher Mädel

Juliette Dietz, Lena Draheim

Einleitung

Während der Zeit des Nationalsozialismus orientierte sich die öffentliche Fürsorge nicht mehr an den Bedürfnissen Einzelner, sondern ausschließlich am Volksganzen. Die Erziehung zu Stärke, Gehorsam und zum Glauben an die Überlegenheit der eigenen Rasse prägten die Schule und die Jugendorganisationen. Die vollständige Eingliederung in die Volksgemeinschaft stand jederzeit im Vordergrund.[1]



http://www.rothenburg-unterm-hakenkreuz.de/wp-content/uploads/2013/10/hitlerjugend2_v-contentgross.jpg

Kinder und Jugendliche

1933 wird die Teilnahme in einer Jugendorganisation für alle arischen Kinder verpflichtend. Besonders wichtig sind hier die Werte Disziplin und Pflichterfüllung, die durch das Prinzip "Jugend führt Jugend" weitergegeben werden. Auch körperliche Erziehung und die Vorbereitung auf die Rolle in der Gemeinschaft waren zentral. [2]

Jugend führt Jugend

- Führung obliegt dennoch den NS Funktionären
- Ideologie wird in Erziehung eingebaut -> Aufstiegschancen bei Gehorsam, Opferbereitschaft -> Motivation
- trotz Hierarchie für alle selbe Aufstiegschancen[3]
- andere Jugendliche als Vorbild-> größere Motivation ihnen nachzueifern, Zugehörigkeitsgefühl, Identifikation
- Verletzung des Generationsverhältnisses, Eltern haben keinen Einfluss auf kindliche Erziehung-> Individualität geht verloren, freies Denken wird durch Gemeinschaftszwang unterbunden, eine kontrollierte und vom Staat gelenkte Erziehung findet statt -> keine Erziehung zur Mündigkeit und wenig eigene Persönlichkeitsentwicklung[4]

<https://upload.wikimedia.org/wikipedia/de/3/39/Hitler-Jugend-Gliederung.jpg>



Diskussion

Diskutieren Sie die Folgen, die die Verletzung des Prinzip des Generationsverhältnisses mit sich zieht und inwiefern die Erziehung durch den Staat über die Instanzen dafür konzipiert ist.

Quellen

- [1]Kuhlmann, Carola (2008): Geschichte Sozialer Arbeit I. Studienbuch. Schwalbach
- [2]Klönne, Arno (2008): Jugend im dritten Reich. Die Hitlerjugend und ihre Gegner. 3.Auflage.Köln.
- [3]http://www.durchblickfilme.de/bruecke/pdf/IB03_Hitlerjugend.pdf
- [4]<https://www.querelles-net.de/index.php/qn/article/view/59/59>

Integration und Sprache

Einleitung

Das Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes ist unerlässlich.

Flüchtlingskinder sollten vorerst nicht in Regelklassen eingeschult werden sondern zuerst Intensivkurse besuchen um die deutsche Sprache zu erlernen.

„Für den Erwerb der deutschen Sprache benötigt ein Flüchtlingskind mindestens 800 Stunden,...“

→ dafür werden Lehrkräfte und finanzielle Unterstützung benötigt

„2/3 der Flüchtlinge aus Syrien wurden von ihrem Bildungssystem für eine Beteiligung an einer modernen Gesellschaft nicht ausreichend ausgebildet.“

→ es ist wichtig, dass die Schüler nicht nur Vokabeln lernen, sondern kommunizieren

→ dafür wird viel ausgebildetes Personal benötigt → für die große Menge nicht vorhanden

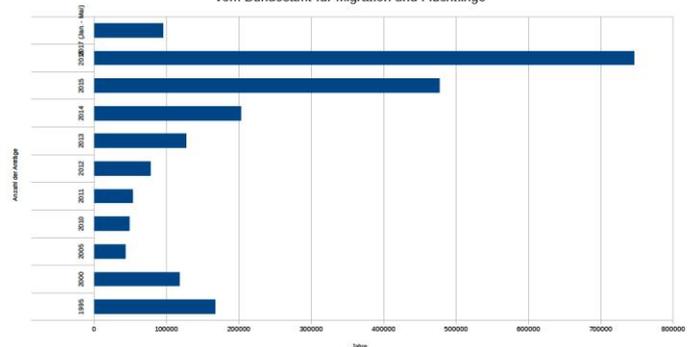
Warum ist es wichtig Deutsch zu lernen?

- Empowerment → Selbstständig Arzt/Amt etc. besuchen
- Kommunikation mit Einheimischen, Integration voran treiben
- Arbeitserleichterung für Sozialarbeiter, Behörden etc. → alles ohne Dolmetscher
→ ebenfalls für deren Kinder
- bei positivem Asylverfahren → Jobsuche

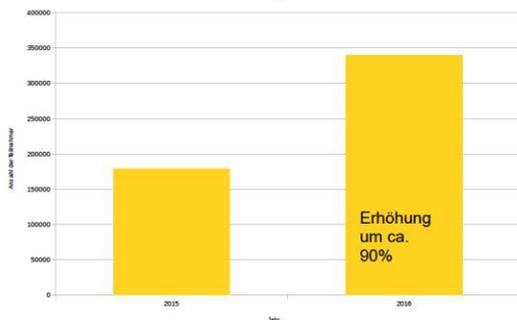
→ bei Sprachkursen: Erfolgserlebnisse, Beschäftigung, Akzeptanz

Entwicklung der Asylantragszahlen

Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Teilnahme an Integrationskursen



Platz 1: Syrien mit 46,9%

Platz 2: Irak mit 8,2%

Platz 3: Eritrea mit 5,2%

2016 schlossen 58,5% der Teilnehmer den Deutsch-Test für Zuwanderer mit B1 Niveau und 33,5% mit A2 Niveau ab.

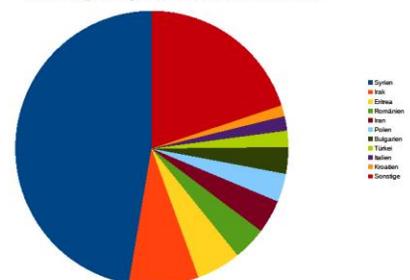
Integration durch Sprache und Arbeit

„Weil ich mit meinen Kollegen Deutsch sprechen ‚muss‘, habe ich schon in den ersten Tagen viel gelernt.“

„Arbeit + Sprache = Integration“

- Pilotenprojekt von Synergie
- fördern von zwischenmenschlichem Kontakt und Sprachkenntnissen
- Dauer: je 6 Monate, 10 Stunden Sprachunterricht pro Woche
- einfache Tätigkeiten mit Bezahlung
- sollte die Wahrscheinlichkeit hoch sein, dass das Asylverfahren positiv ist, ist frühe Integration wichtig
- das Projekt bedeutet einen großen Aufwand durch die intensive Betreuung, Erwartungen auf langfristige berufliche gesellschaftliche Integration treibt an
- eine sprachliche Basis und ein grundlegendes Verständnis über den deutschen Arbeitsmarkt führen langfristig gesehen zu einer bessern Zukunft

Staatangehörigkeiten der Kursteilnehmer



Fazit

- sukzessiver Spracherwerb: Zweitspracherwerb im Anschluss an den Erstspracherwerb
- Spracherwerb ist ein natürlicher Prozess, der von externen Faktoren beeinflusst wird → jeder kann eine zweite Sprache erlernen
→ Input durch Kommunikation
→ in der Schule/auf der Arbeit/im Privatleben
→ bei Mangel an kommunikativem Umgang ist es schwieriger die Sprache zu erlernen
→ damit es nicht zu einem Mangel an kommunikativem Umgang sind diverse Projekte und Integrations- und Sprachkurse wichtig



Haydn



von Fallersleben

Komponist und Verfasser

Komponist: Joseph Haydn (1732-1809)
- komponierte die Hymne 1797 für Franz II
(Kaiser des Heiligen Römischen Reiches
Deutscher Nationen)

Verfasser: August Heinrich Hoffmann von
Fallersleben (1798-1874)
- schrieb das Deutschlandlied 1841 als Liebeslied
an seine Heimat
- Ziel: Vereinigung der 39 Staaten im deutschen
Bund – freies und geeinigtes Deutschland

Text der deutschen Nationalhymne

Einigkeit und Recht und Freiheit
für das deutsche Vaterland!
Danach lasst uns alle streben,
brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit
sind des Glückes Unterpfand:
Blüh im Glanze dieses Glückes,
blühe, deutsches Vaterland!

Geschichte der Hymne

- erste offizielle Nutzung:
Übergabe Helgolands an
Deutschland (1890)
- 1922: Erklärung zur offiziellen
Hymne der Weimarer Republik
- 1933-1945: Missbrauch durch
NSDAP – sie sangen nur die
erste Strophe des Liedes
- 1952: Wiedereinführung des
Deutschlandliedes als
Nationalhymne, wobei nur die
dritte Strophe gesungen werden
durfte
- seit 1970er Jahren wird die
Hymne bei öffentlichen Anlässen
nur noch instrumental gespielt

Die deutsche Nationalhymne - Ausdruck eines Nationalstolzes



Heutige Bedeutung

- Verbindung der Nationalhymne mit Nationalstolz
→ teilweise kontroverse Diskussionen übers Mitsingen der
Hymne, da mangelnde Identifikation mit Deutschland
vorgeworfen wird
- Ausdruck des Zugehörigkeitsgefühls zu Deutschland
→ wird zu wichtigen Anlässen gespielt
→ Abgrenzung zu anderen Nationen
- Hymne verbindet unterschiedliche Kulturen zu einer Nation
→ Integrationsgedanke

Historischer Kontext

- es gab 39 einzelne Staaten innerhalb des deutschen Bundes
- jedes Fürstentum sang ein eigenes Lied
→ durch erstes gemeinsames deutsches Lied wird der
Nationalstolz ausgedrückt

Quellen: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Statistische-Seiten/Broschuere-nationalhymne-der-bundesrepublik-deutschland.html> ;
<http://www.musiker-steckbriefe.de/klassik/joseph-haydn-steckbrief/> ; <http://www.von-fallersleben.de/> ;
<https://www.wissen.de/die-wechselvolle-geschichte-der-deutschen-nationalhymne/> ; <https://www.derwesten.com/deutschland/gesamt/nationalhymne/> ;
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/20315/umfrage/empfindungen-beim-hoeren-der-deutschen-nationalhymne/> ;
https://de.wikipedia.org/wiki/Flagge_Deutschlands (Bildquelle) (letzter Zugriff: 18.06.2017)

von: Saskia Otten
Seminar: Volk und Nation